

Offener Brief

An die Abgeordneten
des Landtags von
Baden-Württemberg
und an die Gemeinderäte
der Landeshauptstadt

Karl-Dieter Bodack
Prof. / Dipl.-Ing. / M.S.

Starenweg 11a
D-82194 Gröbenzell
Telefon 08142-53477
Telefax 08142-593426
Mobil 0172 924 1296
kd.bodack@gmx.de

Wo finden Sie die Bürger in den eskalierenden Auseinandersetzungen um die Großprojekte Stuttgart 21? Immer wieder werden Sie zitiert als diejenigen, die entschieden haben, was nun die Mehrheit der Bürger bewegt und empört und den Polizisten unabsehbare Mühen aufbürdet!

Können Sie nicht wahrhaben, dass Ihnen seinerzeit Entscheidungen zugemutet wurden mit falschen Darstellungen (z.B. über Kosten und Termine), unerfüllbaren Versprechungen (in Bezug auf Bahnverkehr und Ökologie) und dem Verschweigen wichtiger Risiken und Planungsdefizite (u. a. bezüglich der Geologie und des Bahnbetriebs)?

Ist es nicht überfällig, nunmehr zu verlangen, diejenigen Experten anzuhören, die seit vielen Jahren vor den Risiken warnen, die Unsinnigkeit der geplanten Bahninfrastruktur kritisieren und realistisch Kosten errechnen? Erscheint es Ihnen nicht notwendig, endlich auch einmal eine ökologische Bilanz der Großprojekte anzufordern, denn der Energieaufwand des Bahnbetriebs wird sich ja vervielfachen!

Nun haben die Medien sich dieser versäumten Aufklärung gewidmet und manche bislang geheim gehaltenen Fakten ans Tageslicht gebracht. Sie können fortan nicht mehr behaupten, das alles nicht zu wissen: Warum sind Sie nicht ebenso empört wie die protestierenden Bürger und fordern vollständige Informationen sowohl von der Regierung und Stadtverwaltung als auch von unabhängigen Experten?

Es gibt doch wohl die eindeutige Verpflichtung gegenüber Ihren Wählern, sorgfältig vor allem kritische Stellungnahmen zu prüfen! Ich sehe hier gravierende Versäumnisse und massiven Nachholbedarf. Treten Sie in offene Dialoge mit kritischen Fachleuten ein – seien Sie dazu bereit, ggf. aufgrund eindeutiger Daten und Fakten Ihre Entscheidungen zu revidieren!

Ein solcher Schritt würde die Atmosphäre in Stadt und Land beruhigen und könnte das beschädigte Ansehen Ihres Parlaments wieder herstellen. Ich füge Ihnen dazu einen Kommentar von Heribert Prantl aus der SZ bei.

Karl-Dieter Bodack

2. 10. 2010

Der Verfasser ist 1938 in Stuttgart geboren, hat an der TU Stuttgart studiert und hat 27 Jahre in Stabs und Führungspositionen der DB und DB AG gearbeitet.

Demo, Demos, Demokratie

Von Heribert Prantl

Das Wort Demonstration kommt von demonstrare; das heißt „etwas zeigen“. Die Demonstrationen in Stuttgart zeigen, dass ein moderner Rechtsstaat kein Staat sein darf, der Entscheidungen einfach exekutiert; ein moderner Rechtsstaat muss, zumal wenn es um riesige Bauprojekte geht, auch für schon getroffene Entscheidungen werben, immer wieder – und er muss sie notfalls korrigieren.

Der Rechtsstaat einer aufgeklärten Demokratie kann (ob es um Großflughäfen, Atomkraftwerke oder um Stuttgart 21 geht) nicht einfach sagen: Geht aus dem Weg, Leute, das ist schon vor ewigen Zeiten so beschlossen und verkündet worden, das ist jetzt abgehakt, das wird jetzt durchgesetzt. Sicher, es muss Planungssicherheit geben. Aber die entsteht nicht dadurch, dass man den Demonstranten alte Planfeststellungsbeschlüsse um die Ohren schlägt. Planungssicherheit entsteht, wenn man den „Demos“, das Volk, die Bürger also, überzeugt; wenn man auf Kritik eingeht, die Planungen prüft und gegebenenfalls verändert.

Als 1994 das Projekt Stuttgart 21 öffentlich vorgestellt wurde, ging ein Teil der Demonstranten von heute gerade in die Grundschule; die Raumordnungsverfahren und Projektbeschlüsse zu Stuttgart 21 lagen nicht in ihrer Schultüte. Und die Senioren unter den Demonstranten? Wussten sie nicht alles über Stuttgart 21 oder hätten zumindest alles wissen können? Sie haben die Politiker gewählt, die das Großprojekt beschlossen haben. Muss es nicht damit sein Bewenden haben? Wenn es so wäre, dann wäre das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit ein Larifari-Grundrecht. Natürlich darf auch gegen ein längst beschlossenes Großprojekt demonstriert werden, natürlich dürfen auf diese Weise an die Politik

Gesichtspunkte herangetragen werden, die vor einem Jahrzehnt womöglich noch gar nicht bekannt waren.

Es gibt die Rechtsfigur des Wegfalls der Geschäftsgrundlage. Wenn die Geschäftsgrundlage für einen Vertrag wegfällt, dann muss der Vertrag angepasst werden. Bei Großprojekten ist es nicht anders. Man kann die Demonstrationen in Stuttgart als die vehemente Aufforderung an die Politik verstehen, zu überprüfen, ob sich aufgrund von neuen Erkenntnissen die Geschäftsgrundlage für das Projekt grundlegend verändert hat. Der Massenprotest ist also kein Angriff auf die repräsentative Demokratie. Womöglich ist er aber auch ein Vorgriff auf sich neu bildende Mehrheiten. Und im Übrigen ist eine repräsentative ja keine blinde Demokratie. Sie darf sich von Kritik überzeugen lassen, muss es aber nicht.

Wie soll der Staat also mit den Protesten umgehen? So, wie es Leuten gebührt, die ein Grundrecht in Anspruch nehmen. Mit drakonischen Mitteln kann ein Staat zwar innere Sicherheit herstellen; inneren Frieden erreicht er auf diese Weise nicht. Mit Polizei, Wasserwerfern, Pfeffergas und Motorsägen kann der Staat nicht überzeugen. Polizeibeamte sind nicht die Gebrechlichkeitspfleger der Politik. Polizeibeamte sind auch nicht die Mediatoren für eine gespaltene Gesellschaft; für Schlichtung ist die Politik da. Ein Oberbürgermeister, der sich vor den protestierenden Bürgern versteckt, verdient daher eigentlich den Namen „Bürgermeister“ nicht. Und ein Ministerpräsident wird nicht dafür gewählt, dass er nun den Rambo mimt. Nicht der Protest in Stuttgart ist also unnormal, sondern die Politik. Womöglich muss sie einen Volksentscheid suchen, um zur Normalität zurückzufinden.